

**Regelungen zur Haftung des Auftraggebers bei Subunternehmen  
für die Zahlung von Mindestlöhnen ändern**

Beschluss des Deutschlandtages vom 16. bis 18. Oktober 2015 in Hamburg

„Die Junge Union Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, umgehend die Regelungen zur Haftung des Auftraggebers bei Subunternehmen für die Zahlung von Mindestlöhnen zu ändern. Dafür ist eine Freigrenze einzuführen, bis zu der keine Bestätigung und kein Nachweis erbracht werden müssen, dass der Subunternehmer den Mindestlohn bezahlt. Der ohnehin schon erhöhte Bürokratieaufwand aufgrund des neuen Gesetzes ist so mindestens einzudämmen. Langfristig gilt es zudem, den Mindestlohn zu einem System mit mehreren branchen- und regionalspezifischen Tariflöhnen weiterzuentwickeln.“